

PD Dr. Alexander Spermann (University of Freiburg)

Brauchen wir ein bedingungsloses Grundeinkommen?

Angesichts drohender Arbeitsplatzverluste durch die digitale Revolution und die Globalisierung nimmt die Diskussion um ein bedingungsloses Grundeinkommen (BGE) in Deutschland Fahrt auf. Inzwischen finden Diskussionen zu diesem Thema nicht nur in anthroposophisch geprägten Zirkeln oder linken Parteien statt, sondern auch auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos. In der Schweiz fand sogar eine Volksabstimmung zum BGE statt. Zwar wurde es mit klarer Mehrheit abgelehnt, aber die Diskussion zur Reform der Grundsicherung in der digitalen Welt geht in Europa weiter. So hat Finnland ein auf zwei Jahre angelegtes Experiment zum BGE Anfang 2017 gestartet, das auch in den hiesigen Medien Aufmerksamkeit findet.

Neu ist, dass sich deutsche Konzernlenker aufgeschlossen für die Einführung eines BGE zeigen. So haben sich der Telekom-Chef Timotheus Höttges und der Siemens-Chef Joe Käser unterstützend bzw. aufgeschlossen zu einem BGE geäußert.

Bis auf wenige Ausnahmen wie dem Hamburger Wirtschaftsprofessor Thomas Straubhaar lassen deutsche Ökonomen kein gutes Haar an dieser Vision. Viel zu teuer, Erziehung zur Faulheit, naives Menschenbild sind noch die vornehmen Formulierungen der Kritiker.

Was ist wirklich dran an dieser Idee? Ist eine Umsetzung wirklich zu teuer? Werden die meisten Menschen nicht mehr arbeiten wollen? Wer macht noch die einfache und schmutzige Arbeit? Provozieren wir damit noch mehr Zuwanderung in den Sozialstaat? Werden wir noch attraktiver als Aufnahmeland für Flüchtlinge? Was heißt das für die Sozialversicherungen? Wollen wir den Bismarck-Sozialstaat wirklich abschaffen? Ist das nicht ungerecht, wenn reich und arm bedingungslos ein Einkommen vom Staat erhalten? Gibt es Alternativen?

Der Referent plädiert für mehr Experimente mit Vergleichsgruppen wie in Finnland, um die Chancen und Risiken des BGE besser zu verstehen. Außerdem spricht er sich für mehr Fördern (z.B. von Langzeitleistungsempfängern) und weniger Bedingungen (z.B. höhere Freibeträge) bei der deutschen Grundsicherung aus.